



BESOLDUNG – LEISTUNG SOLL SICH LOHNEN

GdP fordert kräftiges Plus

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Rheinland-Pfalz hat ein Forderungspaket auf den Tisch gelegt, mit dem die Bezahlung der Beamtinnen und Beamten bei der Polizei verbessert werden soll.

GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach begründet den Anspruch: „Die Polizei bringt seit Jahren exzellente Leistung bei der Sicherheitsarbeit. Das ist ein wichtiger Standortfaktor und zahlt sich für das Land aus. Jetzt ist es an der Zeit, die gute Arbeit der Polizei mit einem Aufschlag bei der Bezahlung zu belohnen.“

Über mehrere Jahre hinweg mussten die Beamtinnen und Beamten des Landes kräftige Abstriche bei ihrer Besoldung und dem Urlaubs- und Weihnachtsgeld hinnehmen. Auch ihre Versorgung wurde schrittweise gekürzt. Für die Polizistinnen und Polizisten entfällt zudem der Anteil aus der Polizeizulage im Ruhegehalt und in diesem wie auch im nächsten Jahr will die Regierung beim Laufbahnaufstieg der Schutzleute so heftig auf die Bremsen treten, dass sich angesichts der abgesenkten Beförderungszahlen heftiger Protest abzeichnet.

Die Forderungen der GdP sind auf die aktuelle Entwicklung abgestellt und angesichts der verbesserten Wirtschafts- und Einnahmensituation des Landes wie auch im Abgleich mit den inzwischen im Bund und bei den anderen Ländern getroffenen Besoldungsregelungen durchaus angemessen:

- **Jahressonderzahlung Beamte/Versorgungsempfänger zum 1.7.2007**
 - für den LBA I 900 €
 - für den LBA II 600 €
 - für den LBA III 450 €.
- **Anhebung der Besoldung für alle Beamtinnen und Beamten/Versorgungsempfänger des Landes ab 1.1.2008 um 2,9 Prozent.**



GdP-Chef Ernst Scharbach fordert für die Beamtinnen und Beamten ein kräftiges Plus bei der Besoldung.

- **Verzicht auf die Absenkung der Eingangsbesoldung nach erfolgreich absolvierter Ausbildung.**

Darüber hinaus fordert die GdP einen Nachtrag zum Landesetat 2007 und 2008, mit dem die Stellenhebungen im gehobenen Polizeidienst zahlenmäßig deutlich aufgestockt werden sollen. GdP-Chef Ernst Scharbach erinnert in diesem Zusammenhang an das Versprechen der Landesregierung zur Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei: „Seit 1996 werden Zug um Zug alle Polizistinnen und Polizisten entsprechend ihrer Ausbildung und beruflichen Bewährung in den gehobenen und höheren Dienst eingestuft. Hier bleibt die Landesregierung auf Kurs. Fakt ist aber auch: Nach den aktuellen Vorgaben der Polizeistellenpläne wird das Strukturprogramm für viele im Eingangsamt A 9 beendet sein. Oder anders ausgedrückt: Eine Urkunde, ein sil-

berner Stern für die Uniform, aber keinen Cent mehr in der Tasche. Wir werden es nicht zulassen, dass die zweigeteilte Polizeilaufbahn, für die wir mehr als 30 Jahre gekämpft haben, zur Farce gemacht wird.“

DGB und GdP werden die Forderungen in den nächsten Tagen der Regierung und den Landtagsfraktionen präsentieren.

Zum Hintergrund bei der Besoldung: Während der Bund und andere Länder bei der Besoldung ihrer Beamtinnen und Beamten für 2006 und 2007 Jahressonderzahlungen erbringen, die im Durchschnitt den GdP-Forderungen entsprechen und zusätzlich ab 2008 eine prozentuale Anhebung um bis zu 3 Prozent vorsehen, will Rheinland-Pfalz nach einer Nullrunde in den Jahren 2005 und 2006 für die Jahre 2007 und 2008 den Besoldungsanstieg bei den Beamtinnen und Beamten auf jeweils 0,5 Prozent ab Mitte des Jahres begrenzen.

Darüber hinaus liegt dem Landtag ein Gesetzentwurf der Landesregierung vor, mit dem die Eingangsbesoldung der Absolventinnen und Absolventen der Beamtenlaufbahnen für die Dauer von je drei Jahren um eine Besoldungsgruppe herabgestuft werden soll. Für die jungen Polizeikommissare würde damit das Monatsgehalt von netto knapp über 1600 € um rund 110 € gekürzt.

Bei der Anhörung zu diesem Gesetzentwurf haben DGB und GdP gegen die Einschnitte bei den Einkommen der jungen Kolleginnen und Kollegen und gegen die Verschlechterung der Altersteilzeit protestiert.

TW

AKTUELL IN DIESER AUSGABE

■ **BESOLDUNG – LEISTUNG SOLL SICH LOHNEN**
Seite 1

■ **BEFÖRDERUNGEN**
Seiten 3 und 4

■ **GESUNDHEITSREFORM**
Seite 6

■ **AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN**
Seite 8

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-de/Rheinland-Pfalz>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

Ministerpräsident Kurt Beck gefordert

Mit der Verabschiedung des Landeshaushaltes für die Jahre 2007 und 2008 haben die Landtagsabgeordneten die von der Regierung vorgeschlagenen Stellenpläne für den gehobenen Polizeidienst ohne die von der GdP geforderten zusätzlichen Stellenhebungen verabschiedet. Jetzt kommt sogar die zweigeteilte Laufbahn ins Rutschen.

aus, denn die GdP hat bei den Haushaltsberatungen mit allen Fraktionen gerade die Beförderungsmisere im gehobenen Dienst ausführlich und mit de-

Die Beförderungszahlen in allen Besoldungsgruppen des gehobenen Dienstes bleiben weit hinter den Erwartungen zurück. Sie bringen das über Jahre mühsam aufgebaute Gefüge für die Beförderungsverläufe aus der Verankerung und das Beurteilungsverfahren wird angesichts der wenigen Beförderungsmöglichkeiten für die Beurteiler wie für die beurteilten Beamtinnen und Beamten zu einem Trauerspiel. Wie soll man auch jemand, der mit A beurteilt wird erklären, dass er trotzdem bei der Beförderung nicht zum Zuge kommt. Genau das wird nämlich in der Gruppe der Bewährungsaufsteiger im Bewerbungsverfahren nach A geschehen, weil nach Öffnung der Be-



Sie sind die Zukunft der Polizei: Junge Polizistinnen und Polizisten unterstützen solidarisch ihre älteren Kolleginnen und Kollegen bei der Forderung nach zusätzlichen Beförderungsstellen.

werbungsmöglichkeit rund 350 weitere Bewerberinnen und Bewerber bei gleich bleibender Beförderungsgesamtzahl die Beförderungquote auf 7,5% „in den Keller schießen“. Es ist bereits jetzt abzusehen, dass dies zu Konsequenzen im inneren Dienstgefüge und wohl leider auch zu weiteren juristischen Auseinandersetzungen führen wird.

Für die aktuell rund 1450 zur Beförderung anstehenden Polizei- und Kriminalkommissare stehen im Mai nur 370 Beförderungsmöglichkeiten zur Verfügung. Das sind rund 40% weniger als im Vorjahr. Bei den Oberkommissaren kommen auf rund 1150 Beförderungsanwärter höchstens 169 Beförderungstellen zur Ausschüttung. Ähnlich dramatisch ist der Einschnitt bei den Beförderungszahlen in den übrigen Gruppen der Polizeilaufbahn. Besonders ärgerlich: Es liegt nicht am Geld.

Der Innenminister hat der GdP erklärt, er habe – wie in den letzten Jahren – ein Budget von etwa 2 Mio. EUR für die Beförderungen 2007 vorgesehen. Jetzt kann er aber diese Summe nicht einmal annähernd ausgeben, weil der Landtag einfach nicht in ausreichender Zahl Stellenhebungen im Etat 2007 beschlossen hat. Was nutzt denn eine Budgetierung auf die Ministerien, wenn die vermeintliche Dispositionsmöglichkeit vom Finanzministerium in der Vorgabe und von den Landtagsabgeordneten per Durchwinken des Gesetzes ohne Änderung wie ein Blumenstrauß zu Ostern ausgestattet wird, dem man auf der Herfahrt die Köpfe in der Autotür abgeklemmt hat.

„Hätten wir das gewusst“, hörte man in den letzten Tagen auf den Fluren des Landtages, „dann hätte man ja noch was drauflegen können“. Das schlägt eigentlich dem Fass den Boden

taillierten Zahlen besprochen. Alle Fraktionsführer und ihre Fachleute im Innen- und Finanzbereich wussten genau um das sich anbahnende Beförderungsdilemma. Keine der Fraktionen – auch nicht die beiden Oppositionsfraktionen – haben eine zusätzliche Zahl an Stellenhebungen für den gehobenen Dienst der Polizei als Änderung des Haushaltsentwurfes gefordert.

Die GdP wird nicht nachlassen, auf diese Fehleinschätzung und ihre Folgen zu verweisen. Aktuell legen wir Ministerpräsident Kurt Beck die Auswertung der Haushalts- und Beförderungsdaten dar, um mit ihm darüber zu reden, wie der Polizeihaushalt nachgebessert werden kann.

Uns ist bewusst, dass dies für den 18. Mai 2007 schon wegen der zeitlichen Vorgaben für ein parlamentarisches Gesetzgebungsverfahren keine Wirkung mehr entfalten kann.



Ausgabe:
Landesbezirk Rheinland-Pfalz
Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (v.i.S.d.P)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

BEFÖRDERUNGEN

Aber nach 2007 kommt 2008. Und das wirft die Frage der beruflichen Perspektiven für unsere Kolleginnen und Kollegen neu auf. Denn das Beförderungsdilemma 2007 ist keineswegs ein einmaliger Ausrutscher. Nach Auswertung der Stellenpläne für 2008 steht fest:

Die Beförderungsvorgaben für die einzelnen Besoldungsgruppen des gehobenen Dienstes würden gegenüber 2007 noch einmal kräftig nach unten gefahren.

Die Politik steht jetzt am Scheideweg. Die zweigeteilte Laufbahn der Polizei, einst das

Aushängeschild dieser Regierung, wird zu einer Farce, wenn Bewährungsaufsteiger nach 14 Jahren im gehobenen Dienst mit A 9 in Ruhestand gehen und für die an der LPS und der FH der Polizei ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen in A 11 Schluss ist, obwohl sie – wie ge-

rade ein Kollege im PP Westpfalz leidvoll erfahren musste, der nach 19 Jahren im gehobenen Dienst und 14-jähriger Tätigkeit als DGL als PHK in Ruhestand ging.

TW

Des einen Freud, des anderen Leid

Aufgrund des sogenannten Kienbaum-Gutachtens, das bereits vor Jahren zu dem Ergebnis kam, dass jeder Sachbearbeiter, jede Sachbearbeiterin im Polizeidienst im Vergleich zur allgemeinen Verwaltung mindestens in A 11 bezahlt werden müsste, setzt sich die GdP bundesweit vehement für die zweigeteilte Laufbahn ein.

Bei Übernahme der Regierungsverantwortung in Rheinland-Pfalz hat die SPD sich diese GdP-Forderung auf ihre Fahnen geschrieben und auch sehr zeitnah mit der Umsetzung begonnen.

Der damalige Innenminister Zuber versprach den ersten Bewährungsaufsteigern, die von ihm persönlich zu Kommissaren ernannt wurden, dass man für alle die Möglichkeit, die A 11 zu erreichen, schaffen würde. Der gute Vorsatz war sicherlich vorhanden, die Rechnung wurde jedoch ohne den Finanzminister gemacht. Eine, sicherlich von allen Betroffenen mitgetragene, mittelfristige Beförderungskonzeption scheiterte an den finanziellen Mitteln.

Dadurch, dass im Doppelhaushalt 2007/2008 nicht ausreichend Stellenhebungen in A 10 und A 11 zur Verfügung gestellt wurden, gerät das gesamte System nun endgültig aus den Fugen. Erstmals müssen die Beförderungen nicht wegen fehlender Finanzen, sondern wegen fehlender Stellen stark eingeschränkt werden.

Zu welchen Ungerechtigkeiten all das Vorgenannte geführt hat, möchte ich an zwei Beispielen aus der Westpfalz, die bei

weitem keine Einzelfälle sind, schildern:

Fall 1

Kollege (damals immer noch POM) geht 1986 im zarten Alter von 39 Jahren zur Fachhochschule, studiert drei Jahre in Koblenz, ca. 190 km von seinem Heimatort entfernt, und wird 1989 zum Kommissar ernannt. Wie damals noch üblich, übernahm er direkt eine große Dienstgruppe in einer Stadtinspektion und wechselte später als Dienstgruppenleiter auf eine mittelgroße Polizeiinspektion in Heimatnähe. Bereits im Jahre 1993 wird er zum Hauptkommissar A 11 befördert. Er ist ein überzeugter, hoch motivierter DGL und wird deshalb auch durchgängig überdurchschnittlich beurteilt.

Im Februar dieses Jahres wurde dieser Kollege mit 60 Jahren in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet, immer noch in A 11! 18 Jahre in einer Funktion, die der Besoldungsgruppe A 12 zugeordnet wird, hatte er keine Möglichkeit diese zu erreichen, weil die Stellenzuweisungen zu gering, die Konkurrenz zu groß war! Anmerken

könnte man noch, dass einige seiner Mitarbeiter in der Dienstgruppe ebenfalls in (der wohlverdienten) A 11 in Pension gingen.

Fall 2

Kollege PHM glaubt 1995 im Alter von 38 Jahren die Zeichen der Zeit erkannt zu haben und entschließt sich ebenfalls, das Studium auf sich zu nehmen. Da er sehr gut beurteilt ist, wird er auch zugelassen, besucht die Fachoberschule Polizei in Wittlich und ab Sommer 1996 die FHöV.

Am 1. 12. 1996 gibt es die ersten Ernennungen im erweiterten Bewährungsaufstieg, aufgenommen ist unser Kollege, er muss warten bis zum Abschluss seiner Ausbildung 1999. Macht ja nichts, er hat ja die A 9 und finanziell bringt der Kommissar eh nichts.

Jetzt werden aber seine „daheimgebliebenen“ Kollegen auch vor ihm Oberkommissar, denn sie sind ja länger im gehobenen Dienst. In diesem Jahr hat er gute Chancen die A 11 zu bekommen. Wenn es zum 18. 5. klappt, dann hat er zwei Jahre länger dafür gebraucht, als viele der 1996 aufgestiegenen!

Nun ja, dafür ist er ja DGL und kann die A 12 bekommen, zehn Jahre bis zu seiner Pensionierung hat er noch Zeit. Ob es ihm gelingt, daran wage ich ernsthaft zu zweifeln!

Damit man mich nicht falsch versteht: Die zweigeteilte Lauf-

bahn ist ein Muss für die Polizei und wie Kienbaum bin ich der Meinung, dass jeder Sachbearbeiter mindestens in die A 11 gehört. Ich bin aber auch der Meinung, dass sich das Studium an der FHöV für die Aufstiegsbeamten, und um die geht es hier, lohnen muss und sie dadurch nicht auch noch Nachteile haben dürfen!

Beispiele, wie die beiden vorgenannten, gibt es viele. Auch im Bewährungsaufstieg kommt es mittlerweile zu großen Zerwürfnissen und Ungerechtigkeiten. In der nächsten Ausgabe der Deutschen Polizei werden wir hierzu Fallbeispiele aufzeigen, die nachweisen, wie katastrophal sich die ständig wechselnden Beförderungsvorgaben bei den Betroffenen auswirken.

So sollte man mit den Leuten, die Tag für Tag und Nacht für Nacht ihre Haut zu Markte tragen, nicht umgehen.

JM

Anzeige



PSW-Rabatt?
www.psw-rp.de
 0 61 31/9 60 09 31

Rente mit 67 – Nein danke!

Mehr als 2500 Gewerkschaftsmitglieder protestierten am 2. März in Mainz gegen die geplante Rentenreform, unter ihnen etliche GdP-Mitglieder. Die Rente mit 67 ist nichts anderes als eine verkappte Rentenkürzung, so ver.di-Vorsitzender Uwe Klemens.

Das Rentenversicherungs-Altersgrenzenanpassungsgesetz sieht vor, dass die Rente schrittweise ab 2012 auf 67 Jahre angehoben wird. Bereits heute sind nur knapp 30% der 55- bis 64-Jährigen noch sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Rund 55% der 55- bis 64-Jährigen zählen zu den Langzeitarbeitslosen. Bei den unter 50-Jährigen sind es ca. 40%. Arbeitgeber sind selten bereit, Älteren noch eine Chance zu geben. Wo kommen die nötigen Arbeitsplätze für diese Menschen her?

Arbeit macht immer häufiger krank. Die psychischen Belastungen – auch als Folge der Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren – steigen ständig. Den

Menschen, die aufgrund ihrer Gesundheit das Renteneintrittsalter nicht erreichen, drohen noch drastischere Abzüge.

Viele Frauen sind durch die Anhebung des Rentenalters besonders betroffen. Sie verdienen durchschnittlich 30% weniger als Männer und haben teilweise weniger Beitragsjahre; für sie ist der Weg in die Altersarmut vorprogrammiert.

Die Rente mit 67 bewirkt, dass alle anderen Renten wie z. B. die Altersrente für schwerbehinderte Menschen, die Erwerbsminderungsrente oder die Witwen- und Witwerrente erst später gezahlt werden. Das „Zuckerstückchen“, dass Versicherte mit mindestens 45 Versiche-

rungsjahren noch mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können, ist Augenwischerei. Eine Auswertung des Rentenzugangs des Jahres 2004 hat ergeben, dass über 90% der Frauen und rund drei Viertel der Männer diese Rentenform nicht in Anspruch nehmen können, weil sie die Zeiten nie erreichen.

Auch die Beamten und Beamtinnen werden von der Anhebung des Pensionsalters nicht verschont; das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz sieht auch für sie eine Angleichung vor.

Laut ZDF-Politbarometer lehnen 83% der Bürger die Gesetzesänderung ab. Nur 15% finden den schrittweisen Anstieg angesichts des steigenden Anteils Älterer für richtig.

Für mich stellt sich die Frage: Wo waren all diejenigen am 2. März, die die Anhebung des Rentenalters ablehnen, auch die aus unseren Reihen?

MR

PROTEST

Kein Nazi-Zentrum in Gonzerath

Mit 500 hatte der Veranstalter gerechnet. 3000 Demonstranten waren dann zu der friedlichen Demonstration gegen ein geplantes Schulungszentrum der NPD nach Morbach-Gonzerath gekommen. Darunter auch Vertretungen der GdP aus der Bezirksgruppe Mainz und Trier. Zu der Demo hatten insgesamt 75 Gruppierungen aus allen Sparten der Gesellschaft aufgerufen. Die Vertreter der Kirchen, der DGB, die GdP, die Landtagsfraktionen von SPD und CDU, linke Gruppierungen aus Frankreich und Luxemburg waren ebenso vertreten, wie die Landrätin des Kreises Bernkastel-Wittlich, der Landtagspräsident



GdP-Protest gegen Rechts

Joachim Mertes und der Bürgermeister der Einheitsgemeinde Morbach. „Wir kommen wieder, wenn es denn sein muss!“ rief Karl-Heinz Pülgen, DGB-Vorsitzender Trier, den Nazischergen bei eisiger Kälte zu. Alle Redner wurden ständig unterbrochen von 3000 Demonstrantenrufen: Nazis raus ...“

AM

KURZ & KNACKIG

Keine Ballungsraumzulage

Weder das Alimentationsprinzip noch der Leistungsgrundsatz verpflichten den Besoldungsgeber in der gegenwärtigen Lage, erhöhten Lebenshaltungskosten in München durch einen spezifischen Ausgleich Rechnung zu tragen, so das Bundesverfassungsgericht im Urteil vom 6. März 2007 – 2 BvR 556/04.

Franz Kirchberger



Nach 43 Dienstjahren und einer beispiellosen Berufskarriere trat Polizeipräsident Franz Kirchberger Ende März in den Ruhestand. Der Westerwälder setzte von 1972 bis 1992 in der Ausbildung als Fachlehrer und Fachbereichsleiter sowie als Leiter der Landespolizeischule Akzente für die Entwicklung der Bürgerpolizei.

Innenminister Zuber berief ihn zum Polizeipräsidenten des PPTrier und 1994 zum Inspekteur der Polizei. 1997 wechselte Kirchberger in das wichtige Amt des Mainzer Polizeipräsidenten. Er übernahm die Verantwortung für die Sicherheit von 800 000 Bürgerinnen und Bürgern sowie die Führung von 1500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Und auch diese Aufgabe meisterte er in vorbildlicher Weise. Als GdP sind wir stolz darauf, Franz Kirchberger seit mehr als 40 Jahren in unseren Reihen zu haben. Alles Gute.

KILLERVIDEOS

Experten warnen vor Aktionismus

Der Arbeitskreis Medien der SPD-Fraktion des rheinland-pfälzischen Landtags hatte zu einer Anhörung eingeladen, an der auch etliche Polizistinnen und Polizisten teilnahmen. Elf Experten spürten in ihren Statements der Frage nach, wie sich die Nutzung gewalthaltiger Computerspiele auf das Verhalten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen auswirkt.

Die Teilnehmer sahen sich der einheitlichen Expertenmeinung gegenüber, dass es keine einfache Gleichung gibt, nach der die Nutzung gewalthaltiger Computerspiele Gewalt erzeugt. Ein Totalverbot von Herstellung, Vertrieb und Nutzung, wie in einer bayerischen Bundesratsinitiative gefordert, werde der Sache nicht gerecht. Nach dem Beitrag von Wolfgang Rohleder, Vorsitzender des User-Vereins „bobd-clan.de“, wurde klar, dass wir es mit einem Phänomen zu tun haben, das längst Bestandteil unserer Kultur ge-

worden ist. In Vorträgen von Corinna Bochmann von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien und Dr. Klaus Spieler von der Unterhaltungs-software-selbstkontrolle wurde das Zusammenspiel von hoheitlichem und freiwilligem Jugendschutz deutlich. Letzterem bescheinigte Matthias Kleimann vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen deutlichen Optimierungsbedarf. U. a. führte er an, dass nach seinen Untersuchungen jeder fünfte Grundschüler Spiele nutze, die Ü16 oder Ü18 indiziert seien. Ebenso führte er an, dass die Strafverfolgungsbehörden damit überfordert seien, das bereits vorhandene Recht konsequent umzusetzen und erteilte dem von Bayern angestrebten Totalverbot ebenfalls eine Absage. Friedemann Schindler von jugendschutz.net Rheinland-Pfalz widersprach der allgemeinen Auffassung, dass über das Internet ohnehin jegliche Art in-



AK-Vorsitzender Heribert Heinrich MdL erhält nach der Anhörung von Bernd Becker ein GdP-Papier zum Thema. Der FA Kripo hatte zur Vorbereitung der Anhörung in einer Blitzumfrage Meinungen von Kollegen eingeholt, die in relevanten Bereichen arbeiten. Das Papier kann auf unserer Internetseite unter Informationen\Fachthemen nachgelesen werden.

dizierter Spiele zugänglich sei. An die Adresse der Hersteller und Verreiber gerichtet, postulierte er, es gebe sehr wohl Möglichkeiten, die Zugangsmöglichkeiten im Internet zu reglementieren, z. B. durch die Ausdehnung der Selbstkontrolle auf das

Netz oder durch altersspezifische Zugänge zu Spielangeboten. Der Begriff der „Medienkompetenz“, also die Fähigkeit, selbstbestimmt und ohne Schaden auch gewalthaltige Spiele zu nutzen und zwischen Realität und Fiktion unterscheiden zu können, zog sich wie ein roter Faden durch die Diskussion. Katja Friedrich und Christian Kleinhanß von medien+bildung.com – Lernwerkstatt für Rheinland-Pfalz, lieferten einen positiven Ansatz: An derzeit 19, ab dem Schuljahr 2007/2008 an 36 Ganztagschulen im Land unterrichten Mitarbeiter von medien+bildung.com das Fach Medienpädagogik. Das Ziel ist eine „breite Förderung der Medienkompetenz“. Katja Friedrich hält allerdings – unabhängig von der Frage nach der Wirkung gewalthaltiger Spiele – eine ethisch-moralische Diskussion um die Frage, welche Inhalte die Gesellschaft denn für akzeptabel hält, für erforderlich. **BB**

IM LANDTAG

Besoldungsabschlag rechtswidrig?

Der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags befasste sich in seiner Sitzung am 8. 3. 2007 mit der Gesetzesvorlage der Landesregierung zur Änderung der Altersteilzeit und Absenkung der Eingangsbesoldung. In der öffentlichen Anhörung trug die Abteilungsleiterin des DGB, Astrid Clauss, die in Zusammenarbeit mit der GdP erarbeitete Stellungnahme vor. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften lehnen die geplanten Änderungen ab. Die geplante Absenkung der Eingangsbesoldung wird abgelehnt. Jungen Menschen, die vor der Gründung eigener Familien stehen, Geld und Kaufkraft zu entziehen, setzt beschäftigungs- und

familienpolitisch die falschen Signale. Außerdem ist es kontraproduktiv, von jungen Menschen zu verlangen privat für ihre Altersbezüge vorzusorgen, und dann genau diesen Menschen das dazu notwendige Geld zu entziehen.

Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in RLP wird sinken, sollte die Absenkung eingeführt werden.

Die neuen Regelungen zur Altersteilzeit würden zu erheblichen finanziellen Einbußen führen. Diese Regelung als geeigneten Übergang zur Pension zu bezeichnen, ist schon dreist. Die geplanten Änderungen führen zu nicht hinnehmbaren Einbußen während der Altersteilzeit

und können sich auch noch negativ auf die spätere Pension auswirken. Ältere Menschen länger im Dienst zu halten führt zu Ausbildungsplatzverlusten bei jungen Menschen.

Für die GdP begleiteten der Landesvorsitzende Ernst Scharbach, Thomas Will, Bernd Becker und Heinz-Werner Gabler die Anhörung. Im Zuschauer-raum hörten die Vorsitzende der Jungen Gruppe, Sabrina Kunz, und viele Kolleginnen und Kollegen der Jungen Gruppe und der JAV aufmerksam zu.

Die GdP-Vertreter nutzten die anschließende Möglichkeit, den Abgeordneten des Landtags die besonderen Auswirkungen der geplanten Gesetzesände-

rungen auf den Polizeibereich zu erläutern.

Sabrina Kunz: „Junge Menschen erst mit der A 9 zu locken und dann nur nach A 8 zu bezahlen grenzt schon an Betrug“.

Den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten die Möglichkeit der Altersteilzeit faktisch zu nehmen, weil sie finanziell nicht zumutbar ist, ist daher eine Schande. Die Abgeordneten sind aufgerufen dem entgegenzuwirken, so Heinz-Werner Gabler. **red**

Kurt Beck: Projekt soll Austausch intensivieren

Die Landesregierung will die Zusammenarbeit von jungen Polizistinnen und Polizisten in der Großregion fördern. Wie Ministerpräsident Kurt Beck bei einem Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Jungen Gruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Mainz zusagte, soll dafür ein Projekt im neuen EU-Förderprogramm für die Großregion beantragt werden. In einem ersten Schritt soll es den jungen Polizeibeamtinnen und -beamten aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Lothringen, Luxemburg und der Wallonie ermöglicht werden, beispielsweise bei einem gemeinsa-



Der Landesvorstand JG mit Kurt Beck und Roger Lewentz

men Jugendwochenende Erfahrungen auszutauschen. Denkbar sei aber auch die Durchführung einer gemeinsamen Sicherheits-

konferenz und eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Ausbildung. „In einem zusammenwachsenden Europa muss man die Strukturen der Partner kennen. Gerade für die Polizei sind persönliche Kontakte wichtig, denn sie vermitteln ein zusätzliches Sicherheitsgefühl“, betonte der Ministerpräsident bei dem Treffen. Weitere Themen des Gesprächs, an dem auch Innenstaatssekretär Roger Lewentz teilnahm, waren neue Entwicklungen im Bereich der Internet-Kriminalität und die Eindämmung von Rechtsradikalismus.

GESUNDHEITSREFORM

Privatversicherte legen drauf

Die Voraussage lautet, dass die Beiträge der Privatversicherten u. a. wegen des für einen begrenzten Zeitraum erleichterten Wechsels innerhalb der PKV steigen werden, sagen Fachleute. Was sind die Hintergründe?

Im Jahr 2009 sollen alle Vollversicherten der privaten Versicherer den Anbieter wechseln und die für sie angesammelte Altersrückstellung vollständig mitnehmen können. Bisher ergaben sich bei einem solchen Wechsel Gewinne beim bisherigen Versicherer. Diese „Gewinne“ sind in den Tarifen bereits mit ca. 600 Millionen EUR bis zu 1 Milliarde eingerechnet. Nunmehr sollen diese Summen aus zusätzlichen Beiträgen finanziert werden. Nach dem 1. 7. 2009 dürfen privat Vollversicherte, die schon einen

Vertrag haben, ihre Altersrückstellungen nur noch zu einem Teil mitnehmen. Das sind die seit 2000 vom Gesetzgeber zusätzlich geforderten 10%igen Rückstellungen der Beiträge.

Die gesamten Beitragssteigerungen dürften aber weit unter dem Niveau liegen, das bisher von den Versicherern befürchtet (25 bis 35%) wurde. Eine weitere Kostenwelle kann aus der Einführung des Basistarifs folgen. Der Basistarif der Privaten kann eine Überlegung wert sein, denn die Versicherer dürfen für Kranke keine Risikozuschläge erheben. Außerdem sind die Beiträge auf den Höchstsatz der gesetzlichen Krankenkasse – wie auch die Leistungen – begrenzt.

Die Beiträge berechnen sich ausschließlich nach dem Alter und Geschlecht. Wie teuer der Basistarif sein wird, ist derzeit nur schwierig abzuschätzen, da auch die Bezahlung der Ärzte aus die-



Ulrich Nieß

sem Tarif noch nicht feststeht. Die Höchstgrenze ist jedoch der Höchstbeitrag in der gesetzlichen Versicherung. Dies kann für diejenigen noch günstig sein, die aufgrund von Vorerkrankungen in der Privatversicherung sehr hohe Beiträge zahlen müssen. Das Wahlrecht besitzen alle Personen, die noch gar nicht oder zuletzt privat versichert waren. Auch alle freiwillig Versicherten der GKV dürfen für einen kurzen Zeitraum wechseln.

Da nicht abzuschätzen ist, wie hoch die Zahl der neu zu versich-

chenden Mitglieder der PKV sein wird und wie sich die Krankheitskosten entwickeln, kann nur vermutet werden, dass sich dies zum Kostentreiber für die meist höherwertigen Tarife entwickelt, wenn die neuen Mitglieder keine kostendeckenden Beiträge zu zahlen haben.

Ulrich Nieß

Anzeige



PSW-Rabatt?
www.psw-reisen.de
0 61 31/9 60 09 23

POLIZEI Gewerkschaft der Polizei
DEIN PARTNER

Ball der Polizei

der Bezirksgruppe Mainz

„Polizei für Bürger – Bürger für Polizei“

Stargast:

Charlotte Cavelle

Gesangsshow

Euroline

Tanz- und
Programmbegleitung

Bernd Müller

Moderation und Entertainment

NOS IPSI

Akrobatik

21. April 2007

20.00 Uhr

Einlass 19.00 Uhr

**Kurfürstliches Schloss
Mainz**

EINTRITTSPREIS: 15,00 €

KARTENVORKAUF:

GdP, PP Mainz

Ingo Schütler

Telefon 06131/853030

VERANSTALTER:

Polizeisozialwerk Rheinland-Pfalz

Gewerkschaft der Polizei

SONNENUNTERGANG AUF KEY WEST



MIT PSW-ZUSCHUSS?

Foto: Moser

Überflieger!
5 x Testsieger bei
Stiftung Warentest.



Bauen Sie auf den Testsieger! Wir beraten Sie gern.

Ein Angebot der SIGNAL IDUNA Bauspar AG.

SIGNAL IDUNA
Versicherungen und Finanzen



Gut zu wissen, dass es SIGNAL IDUNA gibt.

SIGNAL IDUNA Gruppe ● DBV Stefan Frey ● Roßmarkt 10 ● 60311 Frankfurt

Telefon (0 69) 29 85-5 03 ● Telefax (0 69) 29 85-4 44

Traditionelles Heringessen

Zum traditionellen Heringessen der Kreisgruppe LKA trafen sich am Aschermittwoch über 90 Kolleginnen und Kolle-



2007. Nach der Entscheidung für die Zuteilung der Räume in der Moltkestraße waren die meisten Kolleginnen und Kollegen mit der Haltung der GdP-Kreisgruppe LKA zufrieden. Der Präsident konnte in diesem Jahr aus dienstlichen Gründen nicht anwesend sein. Die meisten Abteilungsleiter ließen sich die leckeren Heringe aus dem Casino Markowitz schmecken.

Ulrich Roeder, Kreisgruppenvorsitzender

gen im Raum B 108. Bei zwanglosen Gesprächen fanden die Kolleginnen und Kollegen aus allen Abteilungen ausreichend Themen. Neben der Situation der Tarifbeschäftigten äußerten viele ihre Enttäuschung über die ungünstige Situation im Hinblick auf Beförderungen im Mai



TERMIN



Ball der Polizei

der GdP-Kreisgruppe
Polizeidirektion Kaiserslautern

„Polizei für Bürger – Bürger für Polizei“

Elvis lebt!

King of Memphis

Perry + Eve

The Celebrations

Moderation und Entertainment

Gesangsshow,
Tanz- und Programmbegleitung

5. Mai 2007
20.00 Uhr
Einlass 19.00 Uhr
Fruchthalle
Kaiserslautern

EINTRITTSPREIS: 15,00 €

KARTENVORVERKAUF:

Buchhandlung Gondrom,
Kerststraße 9 - 15, Kaiserslautern,
Tel. 06 31 / 36 21 90

VERANSTALTER:

Polizeisozialwerk Rheinland-Pfalz
Gewerkschaft der Polizei

BUCHBESPRECHUNG



Kaiserslautern 2007
819 Seiten, 180 Fotos, 32 Euro.
ISBN 3-9810838-3-0
ISBN 978-3-9810838-3-5

Ausführlich und geradezu spannend schildert der Autor die Polizeigeschichte der Stadt Kaiserslautern und der Region Pfalz vom Mittelalter bis in die jüngste Zeit. Der Schwerpunkt liegt jedoch auf der Zeit des Dritten Reiches und der ersten Nachkriegszeit. Fazit des Historikers Dr. Dieter Wolfanger: „Ein Buch, zu dessen Thematik es nichts Vergleichbares gibt.“

Bestelladresse:
Martin Klemenz,
Dr.-Rudolf-Breitscheid-Str. 17,
67655 Kaiserslautern,
Tel. 06 31/1 59 23,
E-Mail: martin.klemenz@kaiserslautern.de

Sicherheit und Ordnung betreffend. Geschichte der Polizei in Kaiserslautern und in der Pfalz 1276 – 2006.

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Gernot Michel, KG PD Pirmasens
Inge Kraft, KG PD Pirmasens
Norbert Lickhardt, KG Bepo Mainz
Jürgen Müller, KG PD Kaiserslautern
Rolf-Peter Lehmann, KG Wapo
Rolf Ebeling, KG PP/PD Mainz

WIR TRAUERN UM

Rudolf Neubert, KG PP/PD Koblenz, 86 Jahre
Heinrich Menges, 87 Jahre,
Ehemann von Kollegin Freya Menges, KG Vorderpfalz
Michael Nachtsheim, KG PP/PD Koblenz, 45 Jahre
Ludwig Orth, 87 Jahre
Ehemann von Kollegin Hedwig Orth, KG Vorderpfalz

Wir werden Ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.